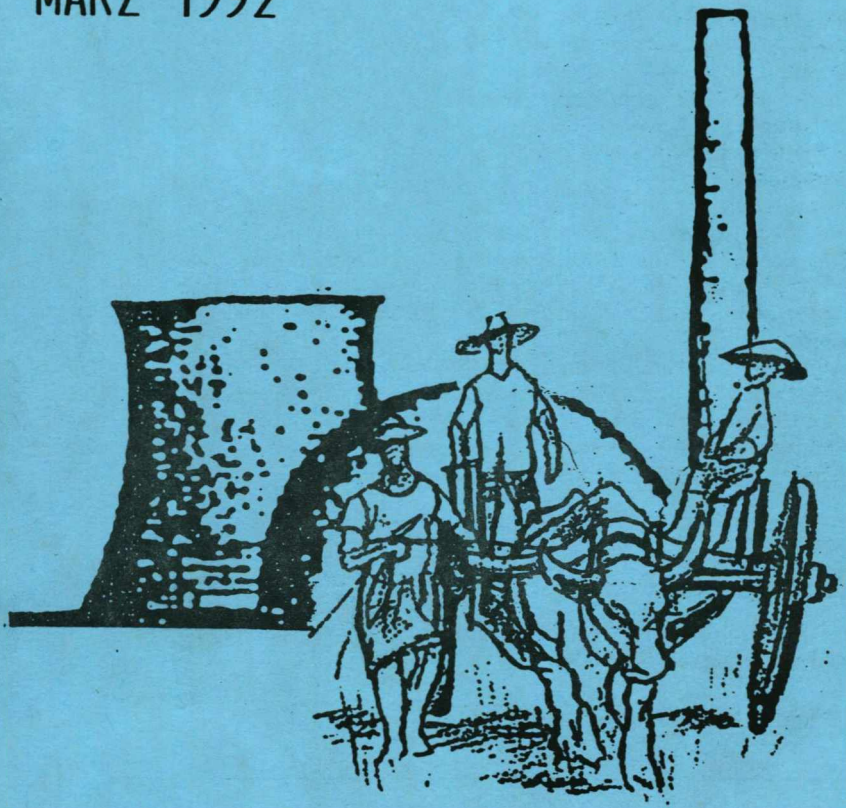
TL 1712

IMBAS RUNDBRIEF

MÄRZ 1992



Ereignisse in der ASEAN-Staaten

Inhalt Seite

Vorwort 3

Allgemeines

Heftige Reaktionen auf den Human Development Report 5
Frauen in Haft 10
Prozeß gegen agisra-Mitarbeiterin 11
Wer ihr Land nimmt, zerstört ihr Leben 13
Tropenholzweg 17
Neue Tropenwaldrichtlinen der BMZ 18
Thailands Umweltschützer sagen neuem Wiederaufforstungsgesetz den Kampf an 19
Vom Dunst benebelt 20

Indonesien

Indonesien unter Druck 22
Aufbau der Kernenergie in Indonesien? 29

Malaysia

Bevor der Wald zur Steppe wird 33

Ost-Timor

Befreiungskampf und Intifada 38

Philippinen

Rettet den Lanao-See 50
Militäraktionen im Gebiet des Bondoc-Projektes 57
Die Bedrohung des Lebensraumes der Lumad in der Region des Mt. Apo 59
Aetas - der Vulkan zerstörte ihre Heimat 60

Thailand

Wahlfieber unter Thailands Politikern 61
Studenten starten Kampagne gegen zukünftigen Premier aus den Reihen des Militärs 63
Maulkorb für die Presse 64
Wieder Landvertreibung durch das Militär 64

Initiative für die Menschenrechte aller BürgerInnen der ASEAN-Staaten (IMBAS)

Postfach 600422, 6000 Frankfurt 60

Für die Herstellungs- und Versandkosten bitten wir um einen Unkostenbeitrag von DM 7,00
Spendenkonto Nr. 247437-609, Postgiroamt Frankfurt

OSTTIMOR

BEFREIUNGSKAMPF UND INTIFADA

Die osttimoresische Widerstandsbewegung und die Folgen durch das Massaker

Seit 1975 werden die indonesischen Besatzungstruppen von der

FALINTIL, vormals der bewaffnete Arm der Unabhängigkeitsbewegung FRETILIN, militärisch bekämpft. Der Guerillakampf war immer starken Schwankungen unterworfen. Mal waren 80% des Landes befreit, mal stand die Guerilla kurz vor der Vernichtung. Immer wieder gelang es, die Bewegung zu reorganisieren, heute hat sie sich konsolidiert und wohl einige Tausend KämpferInnen unter Waffen. Ende der achtziger Jahre wurde eine zweite Front eröffnet. Bis zu diesem Zeitpunkt war es in den Städten und größeren Orten relativ ruhig, bedingt durch massive Repression, Abschottung und Hungersnöte. Da der Handel und die Verwaltung immer mehr von Indonesiern übernommen und Timoresen verdrängt wurden, machte sich verstärkt Unmut breit, und die Bereitschaft zum Widerstand wuchs.
Die Frente Clandestine (geheime/heimliche Front) entstand, spontan zuerst, unorganisiert. Sie entwickelte sich schnell, wurde zum Zusammenschluß verschiedener (geheim) gegründeter osttimoresischer Organisationen, besonders von Jugendlichen und Studenten. 1990 wurde ein Exekutivkomitee zur Koordinierung von Aktionen gebildet, Kontakte zum bewaffneten Widerstand und zu Studenten- und Menschenrechtsorganisationen in Indonesien und anderen Ländern aufgenommen, ein Informationssystem aufgebaut. Verstärkt gelangten Berichte ins Ausland - schneller, zuverlässiger und von hoher Qualität. Trotz konspirativer Arbeit wurden die Aktionen zunehmend öffentlicher, so die Proteste anläßlich des Papstbesuches 1989 und des US-Botschafters im Jahre 1990. Osttimor geriet für einige Tage in die Weltöffentlichkeit, was die Organisatoren anspornte. Ein Brief an US-Präsident Bush wurde mit Namen und Unterschriften versehen und Interviews vor Fernsehkameras gegeben; trotz der damit verbundenen Gefahr für Leib und Leben. Während in den Bergen der bewaffnete Kampf fortgesetzt wurde, bildeten sich in den Städten halblegale Strukturen.

Offen wurde die Konfrontation mit den Indonesiern gesucht. An Schulen wurden FRETILIN-Fahnen gehißt und eine "Kapan Pulang?" - Kampagne gestartet: Indonesier wurden auf der Straße angesprochen und gefragt, wann sie nach Hause gingen.

Ende 1990 erreichte die osttimoresische Intifada ihren Höhepunkt. In den Abendstunden zogen Gruppen von Jugendlichen durch die Straßen von Dili und griffen Armee- und Polizeipatrouillen mit Steinen an.

Die indonesischen Militärs wurden zunehmend nervös. In dem über 15jährigen Krieg gegen die FALINTIL hatten sie große Opfer hinnehmen müssen. Ihnen war schon länger klar geworden, daß sie die Auseinandersetzung militärisch nicht gewinnen konnten. Ihnen war aber auch bewußt, daß der Widerstand mit militärischen Mitteln allein auch nicht siegen konnte.

Die Frente Clandestine aber machte ihnen Angst, es gab kein ruhiges Hinterland mehr - Ablehnung und Haß waren allgegenwärtig. So wurde die Frente Clandestine zum erklärten Hauptfeind. Das Militär stellte Todesschwadrone auf, schwarz gekleidet, maskiert. Sie lieferten sich wiederholt nächtliche Straßenschlachten mit den Jugendlichen, wobei sie schließlich die Oberhand gewannen. Der Terror ging um, gezielt wurde Jagd auf Oppositionelle gemacht. Ein herausragendes Ereignis war die Erstürmung der Kirche von Motael und die Ermordung von zwei Jugendlichen - unterstützt von der regulären Armee, da es die Todesschwadrone allein nicht schafften.

Obwohl viele Oppositionelle verhaftet, gefoltert und ermordet wurden, hielten sich die Indonesier mit dem entscheidenden Schlag zurück. Sie sammelten Informationen, schleußten Agenten ein, legten Strukturen offen, fertigten Listen an (eine solche gelangte in die Hände der Frente Clandestine). Auch die Frente Clandestine hielt sich zurück, sammelte alle Kräfte für den scheinbar entscheidenden Tag - den Besuch der portugiesischen Parlamentarierdelegation. Um Verhaftungen zu entgehen, tauchten viele Organisatoren kurz zuvor unter.
Und dann? Die Delegation sagte ab! Der "große Tag" blieb aus. Mit dem Mut der Verzweiflung wurde die machtvolle Demonstration am 12.11.91 veranstaltet. Das indonesische Militär holte aus zum entscheidenden Schlag. Über 200 Tote, Dutzende wurden in den Tagen darauf ermordet. Morde, Folter dauern bis heute an. Verhaftungen wurden in Osttimor und Indonesien vorgenommen. Die Todesstrafe droht. Die Frente Clandestine wurde weitgehend vernichtet. Aber der Kampf geht weiter! Jugendliche fliehen in die Berge und schließen sich dem bewaffneten Widerstand an. In den Städten beginnt - langsam und vorsichtig - die Reorganisation.

Solange die Ursache, die indonesische Besetzung des Landes, fortbesteht, wird es keine Ruhe geben. Trotz aller Niederlagen - die unauslöschliche Glut wird immer neue Brände entfachen.

Die portugiesische Parlamentarierdelegation

In wiederholten UNO-Resolutionen wurde nicht nur der Abzug der indonesischen Besatzungsmacht aus Osttimor gefordert, sondern auch Verhandlungen zwischen "allen am Konflikt beteiligten Parteien". Jahrelang fanden unter der Ägide der Vereinten Nationen in New York Gespräche zwischen Portugal und Indonesien statt (osttimoresische Vertreter waren nie daran beteiligt), die sich eigentlich immer nur um eine Frage drehten: Portugal, von den Vereinten Nationen noch immer als die "administrative Macht" anerkannt, sollte eine Delegation nach Osttimor entsenden (können), um sich aus erster Hand über die Entwicklung in der "Kolonie" zu informieren.

Nach jahrelangem Streit über Verfahrensfragen stimmte die indonesische Seite dem zu, in der Hoffnung, daß die Angelegenheit damit beendet sein, Portugal sich unter Wahrung des Gesichtes aus Osttimor verabschieden und alles beim alten bleiben würde. Nach langem Ringen wurden gemeinsame Dokumente unterzeichnet, die im einzelnen alle Aspekte der Reise regelten. So wurde den Delegierten völlige Bewegungsfreiheit im "Territorium" zugesichert, das Recht zugesprochen, eigene Kontakte knüpfen zu können, ohne daß die Personen, die mit der Delegation redeten, Repressionen befürchten müßten und die Gesprächspartner anonym bleiben könnten.

Der auf mehrere Tage angesetzte Besuch war für den 04.11.1991 geplant. Kurzfristig sagte jedoch die portugiesische Delegation ab, was sie offiziell damit begründete, daß die indonesische Regierung dem in Portugal lebenden australischen Journalisten Jill Jolliffe, der mit der Delegation reisen sollte, die Einreise verweigerte. Ein weiterer Streitpunkt war die Abhängigkeit von indonesischen Beförderungsmitteln, da der Delegation das Mitbringen eines eigenen Hubschraubers untersagt wurde. Den Ausschlag dürfte allerdings auch der Appell von Bischof Belo gegeben haben, der Portugal inständig bat, solange von der Reise abzusehen, bis eine Beobachtergruppe der UNO nach Osttimor entsandt werde, da er sonst ein brutales Blutbad für die Zeit nach der Abreise der Delegation befürchtete. Diese Befürchtungen Belos waren, wie sich später auf tragische Weise bewahrheiten sollte, begründet. Nur wurde das Blutbad durch die Absage der Reise nicht verhindert - im Gegenteil!

Indonesische Vorbereitungen auf den Besuch

Indonesien bereitete sich intensiv auf die Ankunft der Delegation vor. Nach übereinstimmenden Aussagen vieler Besucher Osttimors wurde die Bevölkerung von indonesischen Offiziellen massiv unter Druck gesetzt.

In öffentlichen Versammlungen wurden sie mit dem Tode bedroht, falls sie mit der portugiesischen Parlamentarierdelegation reden sollten. Gleichzeitig wurden Oppositionelle verhaftet und Listen mit vermeintlichen Gegnern der indonesischen Besatzungsmacht angefertigt. Das Militär stellte Todesschwadrone (NUSRABAKTI) auf, die gezielt einzelne Befürworter der Unabhängigkeit ermorden sollten. Ferner wurden Gruppen formiert, die als FALINTIL-Kämpfer ausgegeben werden sollten bzw. als Demonstranten mit FRETILIN-Fahnen, die sich gegen die Anwesenheit der portugiesischen Delegation aussprechen sollten. Damit sollte zum einen der Anschein erweckt werden, es herrsche Demonstrationsfreiheit und zum anderen die Delegation und die sie begleitenden Journalisten verwirren. Viele kritische osttimoresische Jugendliche wurden kurz vor dem Besuch nach Java gebracht, unter dem Vorwand, ihnen dort Arbeitsstellen zu vermitteln.

Vorbereitungen der Opposition

Aber auch die Gegenseite war nicht untätig. Tausende Osttimoresen fieberten dem Besuch entgegen. Im ganzen Lande wurden Spruchbänder und Plakate illegal hergestellt, die Menschen waren bereit, ihrer Meinung trotz der Todesgefahr Ausdruck zu geben. In der kleinen Stadt Baucau wurde mit 10.000 DemonstrantInnen gerechnet. Besucher, die Osttimor kurz vor dem November 1991 bereisten, wurden überall von Osttimoresen angesprochen, die, hinter vorgehaltener Hand, für die Unabhängigkeit eintraten, womit sie ein großes Risiko eingingen. Viele Jugendliche tauchten wenige Tage vor dem Anreisetag der Delegation in den Untergrund ab, da sie befürchteten, kurz vor Ankunft der Delegation verhaftet zu werden.

Reaktion auf die Absage

Die plötzliche und unerwartete Absage der Delegation wirkte auf die Osttimoresen als Schock. Alle ihre Vorbereitungen und die eingegangenen Risiken schienen sinnlos geworden zu sein. Was auch immer die Gründe für Portugal gewesen sein mögen (wir möchten nicht zwangsläufig böse Absicht unterstellen), die Entscheidung hatte katastrophale Folgen.

Die Morde in der Kirche von Motael

Am Morgen des 28. Oktober 1991 um 1.30h, vier Tage nach Absage der Delegation, stürmten vermummte Todeskommandos des Militärs die Kirche von Motael, in der sich jugendliche Aktivisten der Unabhängigkeitsbewegung aufhielten. Sie ermordeten Afonso Hendrique.

Da sich die Jugendlichen zur Wehr setzten und die Angreifer alleine nicht mit ihnen fertig wurden, stürmten Soldaten die Kirche und erschossen Sebastao Gomes, verhafteten 20 Personen und folterten sie. Von der indonesischen Regierung wurde der Vorfall heruntergespielt. Es habe sich um einen Streit zwischen Passanten gehandelt, in den die Armee habe eingreifen müssen. Bei einer anschließenden Durchsuchung der Kirche seien Dokumente und Fotos mit "FRETILIN-Propaganda" gefunden worden. Die 20 Verhaftungen wurden bestätigt, auch die beiden Morde, mit denen die Armee jedoch nichts zu tun habe.

Nun ist selbst in Indonesien die Erstürmung einer Kirche etwas sehr außergewöhnliches. So sah sich die indonesische Regierung genötigt, lange Erklärungen zu diesem Vorfall verlauten zu lassen, was äußerst ungewöhnlich ist.

Am darauffolgenden Tag, dem 29. Oktober 1991 beteiligte sich fast die Hälfte (!) der EinwohnerInnen Dilis an einer Protestdemonstration, die zur Kirche von Motael führte. Selbst diese Tatsache wurde von Indonesien bestritten - die DemonstrantInnen hätten einen indonesischen Feiertag begangen und seien dann nur aus Neugierde zur Kirche von Motael gezogen.

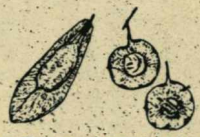
Das Massaker von Santa Cruz

Am 12. November 1991 versammelten sich in Dili etwa 2.000 Menschen zu einer Messe anläßlich des Todes von Sebastiao Gomes. In einer anschließenden Prozession begaben sich die meist jungen Trauergäste zum Friedhof von Santa Cruz. Viele Passanten, sogar ganze Schulklassen, schlossen sich dem Zug spontan an. Auch Fahnen der Unabhängigkeitsbewegung FRETILIN und von Osttimor sowie antiindonesische Plakate wurden mitgeführt. Schnell wuchs die Demonstration auf 6.000 Menschen an. Mehrere ausländische Journalisten, die sich aufgrund des ursprünglich bevorstehenden Besuchs der portugiesischen Parlamentarier dort aufhielten, sagten später übereinstimmend aus, daß es zu keinem Zeitpunkt zu Provokationen gegen die indonesischen Polizisten oder Soldaten gekommen sei. Als 500 - 700 Menschen bereits durch das Tor auf den Friedhof gelangt waren, erschienen Soldaten auf Lastwagen, bildeten eine Kette. Zu der Zeit befand sich dort auch eine andere Einheit von uninformierten Soldaten. Die Soldaten begannen ohne Vorwarnung auf die Menge zu schießen. Sie schossen den Flüchtenden in den Rücken und traten den am Boden Liegenden ins Gesicht.
Mehrere ausländische Journalisten wurden Augenzeugen des Massakers, einige wurden verletzt, der Neuseeländer Kamal Bamadhaj erschossen.

Auch die Anwesenheit ausländischer Journalisten konnte das Blutbad nicht verhindern. Die Körper wurden, ob lebendig oder tot, auf Lastwagen aufgestapelt und ins Militärhospital gebracht. Sowohl den Angehörigen als auch z.B. Vertretern des Internationalen Komitees des Roten Kreuzes wurde der Zugang untersagt.

Die Angaben über die Zahl der Toten sind sehr unterschiedlich. Indonesische Angaben sprachen anfangs von 97 Toten, eine Zahl, die später auf offiziell 19 reduziert wurde. Eine von Indonesien eingesetzte Untersuchungskommission (die allerdings keineswegs als unabhängig gelten kann) sprach später von 50 Opfern. Unabhängige Quellen gehen von über 200 Toten aus. Einige Hundert wurden verwundet und/oder verhaftet.

Es wurde beobachtet, wie mit Leichen beladene Lastwagen und Bulldozer Dili verließen und die Ausfallstraßen daraufhin vom Militär gesperrt wurden. Augenzeugen berichteten, daß bei Taci Tolu und an anderen Orten Massengräber ausgehoben und die Leichen dort verscharrt wurden. An verschiedenen Stellen, so in Tebur, wurden Leichen auch verbrannt. Auch der Neuseeländer wurde in einem Massengrab verscharrt.



Neue Massaker

Bereits drei Tage nach dem Massaker von Santa Cruz kam es zu einem weiteren Blutbad, als indonesische Soldaten 80 Menschen in Bemusi ermordeten. Am Tage darauf wurden Augenzeugen dieses Ereignisses ermordet, tags darauf weitere Beobachter der Morde vom Vortag. Die Toten wurden u.a. in einem Massengrab bei Faiduma zusammen mit Gefangenen, die erst dort erschossen wurden, verscharrt. Obwohl es für diese weiteren Massaker mehrere Bestätigungen gibt, z.B. des australischen Journalisten Dennis Schulz, werden diese von den indonesischen Behörden strikt abgestritten und als ausländische Propaganda abgetan.

Internationale Reaktionen

Die Anwesenheit ausländischer Journalisten und Besucher anläßlich der bevorstehenden Ankunft der Parlamentarier und die Anwesenheit von Prof. Koijmaans (offizieller Berichterstatter der UNO zu Folter) machte es unmöglich, die Massaker vor der Weltöffentlichkeit zu verbergen. Am 21. November verabschiedete das Europäische Parlament mit überwältigender Mehrheit eine Resolution, in der scharfe Sanktionen und ein Waffenembargo gegen Indonesien gefordert wurde.

aus: The Economist 30.11.1991

Die Außenminister der EG verurteilten das Massaker in einer gemeinsamen Erklärung vom 25.11.91 und 03.12.91, wobei sie die weitere Vorgehensweise vom Ergebnis einer Untersuchungskommission abhängig machten. Dänemark und Kanada stoppten jede Hilfe an Indonesien, die Niederlande erklärten, keine neuen Entwicklungsvorhaben mehr zu unterstützen. Die Regierungen von Großbritannien und der USA verurteilten zwar die Massaker, setzten jedoch (wie die Bundesregierung) ihre Militärhilfe fort. Das US-Repräsentantenhaus forderte ein Referendum über die Zukunft Osttimors unter der Kontrolle der UNO. Unabhängige Untersuchungskommissionen, die von der EG und den Vereinten Nationen eingesetzt werden sollten, erhielten keine Einreiseerlaubnis für Osttimor.
Bonn protestierte anläßlich des Massakers von Santa Cruz mit einer eigenen Note. Die Entwicklung werde sehr genau beobachtet. Konkrete Auswirkungen sind jedoch bisher kaum zu erkennen.

Reaktionen in Indonesien

Auch in Indonesien wurde Osttimor, stärker noch als bisher, zum alles beherrschenden Thema. Wochenlang war Osttimor in den Schlagzeilen der indonesischen Zeitungen. Unmut machte sich breit, der sich auch in öffentlichen Protesten artikulierte. Suharto, gerade als neu gewählter Vorsitzender der Bewegung der Blockfreien Staaten auf einer Reise durch verschiedene Länder der Dritten Welt, mußte diese vorzeitig abbrechen, da er überall wegen Osttimor angegriffen wurde und Rede und Antwort stehen mußte. Selbst erschrocken über das Ausmaß der internationalen Proteste nahm er die Sache persönlich in die Hand.

So entließ er u.a. mit sofortiger Wirkung zwei für die Region zuständige Militärführer aus ihren Ämtern, Generalmajor Sintong Panjaitan und Brigadegeneral Rudy Warouw. Bei diesen Entlassungen dürfte es sich jedoch eher um einen Machtkampf mit dem Militärapparat handeln. Sie sollten auch der Beruhigung der Weltöffentlichkeit dienen. Die Verantwortlichen für die Massaker werden jedoch kaum zur Verantwortung gezogen werden.

Am 19. November 1991 kam es zu Demonstrationen in den indonesischen Städten Jakarta, Bandung und Den Pasar, bei denen ca. 70 Menschen festgenommen wurden. 22 Osttimoresen befinden sich noch in Jakarta in Haft, weitere 26 Menschen sollen in Dili wegen Subversion angeklagt werden. Auf "Subversion" kann die Todesstrafe stehen.

Einige unsere Aktivitäten

Wir beteiligten uns wiederholt an verschiedenen "urgent actions" von amnesty international und Initiativen internationaler Menschenrechtsorganisationen, in dem wir Protestbriefe z.B. an indonesische Stellen, Botschaften, die Presse, Außenminister Genscher und Perez de Cuellar sandten. Verschiedene Antworten liegen uns vor.
Direkt im Anschluß an das Massaker von Santa Cruz wandten wir uns in einem Rundschreiben an ein paar hundert Interessierte mit der Aufforderung, eine neue "urgent action" von ai zu unterstützen und auch an den UNO-Generalsekretär zu schreiben. Diesbezügliche Flugblätter verteilten wir auf einer Anti-Rassismus-Demonstration in Frankfurt. Eine internationale Kampagne aufgreifend baten wir in einem weiteren Rundschreiben, Briefe bzw. Neujahrskarten an die osttimoresischen Gefangenen in Jakarta und Den Pasar zu schicken, was wir natürlich auch selber machten. Diesbezügliche Flugblätter wurden auch auf einer Veranstaltung in Frankfurt verteilt, auf der ein Mitglied der GfbV, der kurz vor dem Massaker in Timor war, seine Eindrücke schilderte.
Uns erreichten viele Anfragen nach Informationen zu Osttimor. Leider konnten wir diesen Wünschen nicht immer so umfassend und in dem Umfang nachkommen, wie wir es gerne getan hätten.

Erst morden sie die Menschen, dann stehlen sie das Land
Die Einführung des indonesischen Landrechts in Osttimor

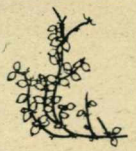
Auch 15 Jahre nach der Invasion galt das portugiesische Landrecht in Osttimor fort. Im Jahre 1991 schließlich wurde, nach zweijähriger Vorbereitungszeit, das indonesische Landrecht eingeführt. Bisher wurde zwischen traditionellem (indigenem) Kollektiveigentum und individuellen Eigentumstiteln unterschieden. Letztere besaßen nur die katholische Kirche und die wenigen Angehörigen der mittleren und oberen Schichten. Beide Formen sicherten dem Eigentümer bzw. der Gemeinschaft nahezu unbeschränkte Verfügungsgewalt über das Land. Das indonesische Landrecht benachteiligt die bisherigen Eigentümer. Dessen Grundlage ist, daß alles nicht bebaute/genutzte Land nun grundsätzlich dem Staat gehört, der dieses Anderen zur Nutzung überlassen kann. Bei der Beantragung neuer Titel stellt sich oft die Beweisfrage. Gerade bei indigenem Land ist dies schwierig. Da keine schriftlichen Titel existieren, muß der lokale Distriktchef (bupati) dieses Recht vorher bestätigen. Auch ist die Nutzung des Gebietes durch die Eigentümer Voraussetzung. Brandrodungsfeldbau, Agroforstkultur, Jagd-, Sammel- und Weidegebiete sowie Fischgründe werden nicht als solche Nutzung anerkannt. Auch wurden in jahrelangen "Säuberungs"-Aktionen das Landesinnere entvölkert, Felder verwüstet und Menschen zwangsweise in "strategischen Dörfern" zusammengepfercht. Das Land, das sie seit Generationen ihr eigen nennen und nutzen, fällt nun dem indonesischen Staat zu, der es an seine Günstlinge aufteilt.

Bei den wenigen schriftlichen Landtiteln ist es nicht viel besser.

In Folge des Krieges und der Vertreibung sind viele Dokumente verlorengegangen. Fristen können nicht eingehalten werden. Viele Osttimoresen sind ins Ausland geflohen. Da die Flüchtlinge noch immer ihre portugiesische Staatsbürgerschaft besitzen, gelten sie als Ausländer und dürfen daher grundsätzlich kein Land in Indonesien besitzen. Eine Übertragung des Titels auf in Osttimor lebende Familienangehörige ist nicht möglich. Das Land fällt an den indonesischen Staat. In der Praxis hat sich gezeigt, daß Indonesier ohne große Schwierigkeiten Landtitel in Osttimor "kaufen" können und zugesprochen bekommen. Dieser Landraub hat völkerrechtlich keinerlei Bestand.

Eine zweite Invasion hat begonnen. 200.000 Tote hat das Regime auf dem Gewissen. Und jetzt werden die Überlebenden und Vertriebenen ihres Landes beraubt.

Auszug aus dem Tagebuch des beim Massaker vom 12.11.1991 in Dili erschossenen Neuseeländers Kamal Bamadhaj



(Übersetzung aus "tapol" Nr. 109 vom Dezember 1991)

Maubisse, 2. November 1991

Kratze etwas an der Oberfläche des freundlichen javanischen Lächelns und der stillen osttimoresischen Gesichter, und die schreckliche Realität des Ortes wird selbst den lässigsten Beobachter aufrütteln. Man spürt, daß die große Mehrheit der einheimischen Bevölkerung die indonesische Herrschaft nicht willig akzeptiert hat, trotz der durch die Annektion wahrscheinlich erlangten materiellen Aufwärtsentwicklung. Entwicklung erfolgt durch Indonesien und für Indonesien. Timoresen argwöhnen, daß die Straßen gebaut werden, um dem indonesischen Militär zu helfen, schnell von einer Region in die andere zu gelangen, um Güter einfacher aus Osttimor nach Westtimor und weiter darüber hinaus zu schaffen. Wie der niederländische Kolonialismus auf Java, dienen die meisten Investitionen in Osttimor dem Zweck, die Warenausfuhr zu erleichtern und die sozioökonomische und politische Herrschaft der Kolonisatoren über die lokale Bevölkerung zu konsolidieren.

Timoresen, mit denen ich gesprochen habe, erklärten, daß keine Straßen und Schulen die Tausende von Toten zurückbringen könnten, die von Indonesien während des Krieges und der Besetzung getötet wurden. Etwa 200.000 Menschen bzw. ein Drittel der Bevölkerung von 1975 wurde getötet. Wahrscheinlich hat heute jeder überlebende Osttimorese eine engen Freund oder Angehörigen verloren. Materielle Entwicklung (wofür die Indonesier Dankbarkeit verlangen) kann etwas für Osttimoresen Unbezahlbares nicht ersetzen: Menschenleben. Und was ist mit den Vergewaltigungen, Schlägen und unmenschlichen Erlebnissen? Wird die Schaffung neuer Straßen die Demütigung und Bitterkeit überwinden? Oder werden die Osttimoresen für die Verleugnung der timoresischen Sprache in Schulen und die politische Dominanz der Javaner in lokalen Verwaltungen und Wirtschaft entschädigt? Die Timoresen sagen: nein.

In einem jüngst in einer Schule von Baucau gehaltenen öffentlichen Vortrag warnte ein örtlicher Militärführer Jugendliche, mit den Delegierten einer öffentlichen portugiesischen Kommission im November zu sprechen. Den Jugendlichen wurde mitgeteilt, sie sollten der durch Indonesien hervorgebrachten Entwicklung loben, statt Menschenrechtsverletzungen oder andere negative Aspekte der indonesischen Herrschaft zu beleuchten.

Ein unbekümmerter Jugendlicher stand auf und erklärte, daß die indonesische Entwicklung nur Schau sei und den Menschen nichts brächte, womit er eine Welle anti-indonesischer Bemerkungen der verbitterten Zuhörer auslöste. Der Militärsprecher fragte daraufhin die Menge, ob sie es vorziehen würde, wenn Osttimor zum Kriegsschauplatz Mitte und Ende der siebziger Jahre zurückkehren würde. Ein Nein erwartend erhielt er ein widerhallendes Ja zur Antwort.

Dili, 3. November 1991

Es waren zwei angespannte Wochen in Osttimor gewesen. Eine Art Ruhe vor dem Sturm hatte vorgeherrscht, als sich die Timoresen auf den Besuch der portugiesischen Parlamentarierdelegation vorbereiteten, der morgen beginnen sollte. Einige sahen den Besuch als ersten Schritt für ein Referendum in Osttimor, einige hofften, die Portugiesen würden irgendwie helfen, die sofortige Unabhängigkeit herbeizuführen, während andere den Besuch als eine lange erwartete Gelegenheit zum Aufstand gegen die indonesischen Besatzer sahen. Nach 15 Jahren der Integration in Indonesien - und all den von den Indonesiern angewandten Methoden, die Timoresen zur Anerkennung ihrer Herrschaft zu überzeugen, scheint hier jeder etwa dasselbe Bestreben zu haben - Unabhängigkeit.

Jugendliche in Dili und anderen Orten Osttimors hatten heimlich Transparente für die Unabhängigkeit gemalt und Demonstrationen organisiert. Viele versicherten mir, bereit zu sein, für ihr Volk zu sterben, falls die Indonesier versuchen sollten, sie zu stoppen. Timoresen allen Alters und Standes haben sich auf den Interview-Listen für die portugiesische Delegation eintragen lassen. Unter Berücksichtigung des Risikos, mit Ausländern über die Situation in Osttimor zu sprechen, gibt es viele, die sich entschieden haben, den entscheidenden Schritt zu tun und mit den Portugiesen zu reden, wenn sie kommen.

Auch die Indonesier haben sich auf den Besuch vorbereitet, indem sie eine intensive Kampagne der Einschüchterung starteten und Timoresen zu öffentlichen Vorträgen zusammentrommeln, wo ihnen mit Verhaftung und Tod gedroht wurde, falls sie es wagen sollten zu sprechen. Frisch gegrabene Stätten von Massenhinrichtungen wurden überall in Osttimor entdeckt, möglicherweise eine andere Methode, die Einheimischen einzuschüchtern und zum Schweigen zu bringen. Auch die timoresische Kirche kam unter starke Militärüberwachung, da sie dem Volk bei der Vorbereitung des Besuches half. Das indonesische Unbehagen mit der Kirche kristallisierte sich in ihrem Angriff auf die Kirche von Motael am vergangenen Montagmorgen.

Darüber hinaus wurde vom Militär eine umfassende Kampagne gestartet, Xanana Gusmao, den Führer des Widerstandes, zu töten und so den Portugiesen die Möglichkeit zu nehmen, sich mit diesem sehr geachteten Mann zu treffen.

Wie auch immer; weniger als eine Woche vor der erwarteten Ankunft der Delegation begannen Informationen durchzusickern, daß die Portugiesen nicht kommen werden. Der Mut sank. Die Menschen konnten es nicht glauben. Die Enttäuschung hier und heute ist nicht nur, daß sich die vielen hohen Erwartungen in Luft auflösen, sondern beunruhigender: daß die unbestimmte Verschiebung dem indonesischen Militär die Möglichkeit gibt, die Timoresen zu beseitigen, die ihre Identität bei der Vorbereitung des Besuches offenlegten.

Im vergangenen Monat haben Timoresen außergewöhnliche Risiken auf sich genommen, sich in Erwartung der Delegation zu organisieren. Sie beanspruchen, daß alle Risiken, die sie auf sich nahmen, es wert seien, weil der Besuch ihnen so viel Hoffnung gab. Und sie hatten sich darauf verlassen, sich auf die Sicherheitslisten der Portugiesen setzen lassen zu können, was sie gemäß UN-Vereinbarung vor Verfolgung schützen würde, falls sie redeten. Aber nun ist der Besuch abgesagt und die Timoresen sind wieder einmal in der altbekannten Lage, daß sie willkürlichen Verhaftungen, Mißhandlungen und selbst dem Tod schutzlos ausgeliefert sind.

(Dieser Voraussage, die sich neun Tage später auf tragische Weise bewahrheiten sollte, ist eigentlich nichts hinzuzufügen, Anm. d. Übers./IMBAS)

Indonesien läßt Studenten frei

JAKARTA, 28. Februar (AFP). Indonesien will 17 von 22 noch inhaftierten Studenten freilassen, die im November wegen Protesten gegen das Massaker auf Ost-Timor verhaftet worden waren. Ein Sprecher des Justizministeriums sagte, die 17 sollten noch am Freitag freigelassen werden. Zwei von ihnen müßten sich aber ebenso wie die fünf noch Festgehaltenen vor Gericht verantworten. Sollten sie der Subversion für schuldig befunden werden, droht ihnen nach indonesischem Recht die Todesstrafe.

Ende November waren 70 Mitglieder der nationalistischen Studentenvereinigung von Ost-Timor verhaftet worden. Sie hatten dagegen protestiert, daß Soldaten während einer Beerdigung in eine Trauergemeinde geschossen und ein Blutbad angerichtet hatten. Ost-Timor, eine ehemalige portugiesische Kolonie, war 1975 von Indonesien annektiert worden. Seitdem kämpfen Nationalisten für die Unabhängigkeit von Jakarta.

aus: Frankfurter Rundschau 29.2.92